

Abstimmung über das Rauchverbot

Heute entscheidet das Abgeordnetenhaus - Gegen Räume für Raucher

Von Michael L. Müller

Nach monatelangem Tauziehen darüber, wo künftig in Berlin noch geraucht werden darf, fällt heute im Abgeordnetenhaus die endgültige Entscheidung: Unter Punkt 6 seiner Tagesordnung hat das Plenum über das von Gesundheitsministerin Katrin Lompscher (Linke) vorgelegte neue "Gesetz zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens in der Öffentlichkeit" abzustimmen.

Seine acht Paragraphen sollen am 1. Januar 2008 in Kraft treten und nach dem Willen der rot-roten Koalition dafür sorgen, dass innerhalb eines Jahres "das Nichtrauchen zum Normalfall" wird. Von 2009 an muss in Gaststätten, Behörden, Kultur- und Sporteinrichtungen, Krankenhäusern sowie anderen Institutionen nicht mehr deutlich sichtbar auf das dort geltende Rauchverbot hingewiesen werden. Die Initiatoren hoffen, dass das flächendeckende Verbot bis dahin zu einer Selbstverständlichkeit geworden ist. Bei Verstößen gegen das Rauchverbot wird auch nicht sofort ein Bußgeld (zwischen 100 und 1000 Euro) verhängt. Der Gesetzgeber will eine Eingewöhnungszeit von sechs Monaten gewähren, ehe zur Kasse gebeten wird.

Schon gestern hat die oppositionelle Fraktion der Grünen die mit dem Gesetz geplanten Ausnahmeregelungen kritisiert. So sprach deren gesundheitspolitische Sprecherin Heidi Kosche von einer "ungesunden Nebenraumpolitik" der Senatskoalition. Der Rauch bleibe nicht in den Nebenräumen, die in Lokalen und anderen Einrichtungen vorgesehen sind, "sondern schädige auch die Menschen in den Haupträumen". Die Grünen lehnten das Gesetz deshalb ab. Auch das "Forum rauchfrei" forderte die Parlamentarier auf, die Zustimmung zu verweigern. Der Sprecher des Forums, Johannes Spatz, erklärte, das Gastronomiepersonal werde weiterhin einer "unverantwortlichen und vermeidbaren Gesundheitsgefahr" ausgesetzt sein. Spatz verwies auf die in Bayern geplante Regelung, weder in Gaststätten und Bierzelten noch in Behördenräumen Raucherräume zuzulassen.

Kurz vor Toresschluss legte die Berliner CDU noch einen Änderungsantrag vor, der zum Ziel hat, das Rauchen auf Kinderspielflächen zu verbieten. Senatorin Lompscher und die Umweltexperten der Koalition halten es aber für vertretbar, wenn sich dort Betreuer von Kindern eine Zigarette anstecken, obwohl dies im Nachbar-Bundesland Brandenburg unter das Verbot fallen soll. Die CDU-Initiative dürfte heute jedoch keine Mehrheit finden.